GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.38 | Januar 2020

Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen.
Spekulanten stoppen!
Ja am 9. Februar 2020

Mit Schwung starten die neuen GB-Stadträtinnen Seraphine Iseli und Sarah Rubin ins Politjahr 2020!

STAND
Seraphine Iseli
Erschwingliche Mieten für alle – Ja zur Wohninitiative

STAND
Sarah Rubin
Grüne Schulpolitik in Berns Westen

SCHLUSS
Ursina Anderegg
Vom nutzlosen Bürokratiemonster

Ja zum Transitplatz für Fahrende

Am 9. Februar stimmen wir über den Kredit für einen Transitplatz für Fahrende in Wileroltigen ab. Die hitzigen Diskussionen im Vorfeld zeigen: Noch immer sind Sinti und Roma Vorurteilen ausgesetzt. Ein Ja zum Transitplatz schafft Klarheit und Stabilität – und damit einen Gewinn für alle.

Die Schweiz ist in Europa bekannt für die schlechteste Platzsituation für Fahrende. Das geht aus Interviews mit Roma und Sinti hervor, welche die Gesellschaft für bedrohte Völker für den 2017 erschienen Bericht «Fahrende Roma in der Schweiz» geführt hat. Tatsächlich gibt es schweizweit nur sieben offizielle Transitplätze für Fahrende aus dem Ausland. Ein Teil davon sind Provisorien. Wegen des Platzmangels sehen sich viele Sinti und Roma gezwungen, Spontanhalte einzulegen. Das heisst, sie stellen gegen Entgelt ihren Wohnwagen auf einem privaten Grundstück ab. Bei solchen Lösungen sind oft nicht einmal die hygienischen Mindestanforderungen erfüllt. Es gibt keine sanitären Anlagen und keine Möglichkeiten zur Müllentsorgung. Dies führte in einigen Fällen zu Konflikten. Der neue Transitplatz Wileroltigen sorgt für klare Spielregeln und schafft so Stabilität – sowohl für die Fahrenden wie für die ansässige Bevölkerung. Denn er regelt das Zusammenleben mit Rechten und Pflichten für alle und entschärft den bestehenden Platzmangel.

So oder so werden die fahrenden Gemeinschaften die Schweiz trotz Platzmangel weiterhin bereisen, denn sie folgen traditionellen Routen und verfügen oft über einen festen Kund_innenstamm an den jeweiligen Orten. Die meisten Angehörigen dieser Gemeinschaften sind Bürger_innen aus Frankreich und Deutschland. Für sie gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Sie haben somit das Recht, durch die Schweiz zu reisen – und die Kantone stehen in der Pflicht, ihnen Plätze zur Verfügung zu stellen.

Angela Mattli und Corinne Bächtold, Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Abstimmungen vom 9. Februar 2020

Stadt

- Überbauungsordnung Untermattweg 8 ..... **JA**
- Sanierung und Erweiterung Volksschule Bethlehemacker: Baukredit ..... **JA**
- Gesamtsanierung Monbijoustrasse: Ausführungskredit ..... **JA**
- Gaswerkareal: Grundstückerwerb ..... **JA**

Kantonal

- Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg ..... **JA**
- Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen ..... **JA**

National

- Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» **JA**
- Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) ..... **JA**

«Wohnen ist ein grundlegendes Bedürfnis, dem angemessen Rechnung zu tragen ist! Gleichzeitig darf die Schweiz nicht weiter zersiedelt werden, damit das Kulturland geschützt werden kann. Die Lösung? Verdichtet bauen und Lebens- und Freiräume schaffen. Wohnen ist ein Grundrecht, einen eigenen Gartenzaun zu haben nicht.»

Erschwingliche Mieten für alle – Ja zur Wohninitiative

Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus soll bald in der Bundesverfassung verankert werden. Am 9. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab.

Die Miete macht in vielen Haushalten den grössten Budgetposten aus. Wer in einer Genossenschaftswohnung lebt, gibt bis zu drei Monatsmieten pro Jahr weniger fürs Wohnen aus als jemand, die_der in einem vergleichbaren, gewinnorientierten Mietverhältnis lebt! Neben finanzieller Entlastung bringt das Leben in Wohngenossenschaften zahlreiche weitere Vorteile: ein nachbarschaftliches Miteinander, eine soziale Durchmischung und die Gewissheit, dass nicht plötzlich Eigenbedarf an der Wohnung angemeldet wird oder die Miete nach einer Sanierung nicht mehr erschwinglich ist. Es gibt also viele Gründe, der Initiative zuzustimmen, die sicherstellen will, dass der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen erhöht wird und bei den neugebauten Wohnungen mindestens 10 Prozent beträgt.

Diese Forderungen sind dem GB nicht neu: Die vom GB mitinitiierte Stadtberner Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» wurde 2014 mit grosser Mehrheit angenommen und im Dezember 2019 vom Bundesgericht endlich als rechtskräftig erklärt. Sie fordert einen Anteil von mindestens 30 Prozent gemeinnützigen oder preisgünstigen Wohnungen bei Neubauten. Und als Ergänzung zur Wohnstrategie des Gemeinderats haben GB-Stadträtinnen Anfang 2019 ein Vorstosspaket eingereicht, in dem konkrete Massnahmen für eine soziale Wohnpolitik in der Stadt Bern gefordert werden.

Für den Erhalt und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum müssen wir dranbleiben – in Bern und in der ganzen Schweiz. Ein deutliches Ja zur Wohninitiative am 9. Februar ist dabei ein wichtiger Schritt.

Seraphine Iseli, GB-Stadträtin

«Es ist kaum verwunderlich, dass gerade im Stadtteil VI die Basisstufen auf dem Vormarsch sind. Auch eine Ganztagesschule ist geplant. Um die Ziele der Bildungsstrategie zu erreichen, braucht es aber noch mehr politische Anstrengungen. Besondere Anerkennung haben unsere Lehrpersonen, Schulleitungen und Sozialarbeitenden verdient – mit ihnen steht und fällt unser Bildungssystem. Wir bleiben dran!»

Grüne Schulpolitik in Berns Westen

«Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung»: Den Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 würden wir sofort alle unterschreiben. Aber wissen wir auch, was wir uns unter guter Bildung vorstellen und was dies für eine grüne Schulpolitik bedeutet?

Chancengerechtigkeit mit Bildung zu fördern ist ein grünes Kernanliegen. In der aktuellen Bildungsstrategie der Stadt Bern, die wesentlich von grünen Anliegen geprägt wurde, ist dies ein zentraler Punkt. Um die Chancengerechtigkeit zu erreichen und eine hohe Vielfalt zu fördern, werden in Bern unter anderem Basisstufen und Mehrjahrgangsklassen eingeführt und die Umsetzung des Integrationskonzepts vorangetrieben. Diese beiden Massnahmen können sich ergänzen, wenn die Bedingungen stimmen. Für die Schüler_innen ist es sehr wichtig, mit jüngeren und älteren Kindern sowie mit solchen mit speziellem Unterstützungsbedarf in vielfältiger Beziehung zu stehen. So erfahren sie im schulischen Rahmen, wie eine durchmischte Gesellschaft funktioniert. Von einer gelingenden Bildung profitiert also nicht nur das Individuum, sondern die ganze Gesellschaft. Im Westen Berns wohnen besonders viele Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das macht diesen Stadtteil vielseitig und interessant. Für die Schule bedeutet dies hingegen, dass sie besonders beweglich bleiben muss. Integration ist in Bümpliz/ Bethlehem deshalb in vielerlei Hinsicht kein Fremdwort, sondern unabdingbar für ein gutes Zusammenleben, auch und gerade in der Schule. Natürlich stellt ein integrativer Unterricht Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen. Deshalb ist entsprechende Unterstützung eine zentrale Forderung grüner Schulpolitik.

Sarah Rubin, GB-Stadträtin, Mitglied der Schulkommission Bümpliz

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Mittwoch, 22. Januar, 18:30 Uhr
GB-Mitgliederversammlung
Aki, Alpeneggstrasse 5, 3012 Bern

● Mittwoch, 19. Februar, 19:00 Uhr
GB-Mitgliederversammlung
Ort wird noch bekannt gegeben

● Montag, 27. Januar, 19:00 Uhr, Cinematte
Film: PUSH «Das Recht auf Wohnen»
Mit anschliessender Diskussion mit Natalie Imboden (Geschäftsführerin des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz)

● Donnerstag, 30. Januar, Treffpunkt 16:30 Uhr, Volver Bar, Rathausplatz 8. Nachtessen mit der Fraktion 19:00-20:30 Uhr
Schnupperabend im Stadtrat
Die Stadtratswahlen stehen schon (fast) vor der Tür. Deshalb organisiert das GB einen Stadtratsbesuch für alle Interessent_innen. Überlegst du dir, eventuell für den Stadtrat zu kandidieren und möchtest mal sehen, wie so eine Stadtratssitzung abläuft?
Bitte anmelden bis 23.1.2020 bei Leena:
l.schmitter@gmx.net

● Montag, 13. April
Ostermarsch 2020
«Zivildienst: Lieber nach vorn statt zurück!» – so lautet das diesjährige Thema des Ostermarsches. Mit der Einführung des zivilen Ersatzdienstes in den 1990er-Jahren endete eine absurde Strafpraxis gegen tausende junger Männer. Heutzutage ist diese Errungenschaft in Gefahr.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: info@markusheinzer.ch
● **AG Finanzen**
Kontakt: rahel.imobersteg@gmail.com
● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: annemarie.sancar@bluewin.ch
● **AG Kommunikation**
Kontakt: Leena Schmitter
l.schmitter@gmx.net
● **AG macht**
Kontakt: Katharina Gallizzi
gallizzi@gmx.ch
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher
fragroba@gmx.ch
● **AG Polizei**
Kontakt: rahel_ruch@hotmail.com
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch

Kontakt Sekretariat
Politische Sekretärin: Jelena Filipovic
Grünes Bündnis Stadt Bern
Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Christine Michel, Marius Christen, Markus Heinzer, Samuel Kaiser
Fotos:
Judith Schönenberger, Manuel Friedrich, Raisa Durandi
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss
grün. Nr. 39: 18. März 2020

SCHLUSS

Vom nutzlosen Bürokratiemonster

Ursina Anderegg, Co-Präsidentin GB und Stadträtin

Alle sind sie total für Transparenz in der städtischen Polit-Finanzierung. Aber der nun im Stadtrat diskutierte Vorschlag ist einfach sehr schlecht. Wir hätten es nicht gemerkt ohne die Bürgerlichen, die alles durchschaut haben: Die SVP entlarvte, dass die «demokratie-gefährdenden, herumrennenden NGO-Truppen» ausgeklammert seien, während ein «nutzloses Bürokratiemonster» geschaffen werde. Die FDP hat herausgefunden, dass die Vorlage von der politischen Mehrheit geschrieben worden ist: «Nur wir müssen offenlegen, sie selber nichts!» Ha! Dabei findet die FDP Transparenz wirklich wichtig. Und weil sie es so wichtig findet, hat sie auch vergeblich beantragt, dass Stadtrats-Kandidat_innen ausgenommen werden, dass Spenden erst ab 30'000 statt ab 5'000 Franken offengelegt werden müssen, und meinte, dass auch ehrenamtliche Arbeit in Geld umgerechnet werden soll. Und dass Zeitungen ihre Kommentare als Spenden für Kampagnen deklarieren müssen. Und dann war da noch die GLP, die nur bereit war, der Vorlage zuzustimmen, wenn Stadträt_innen deklarieren müssen, falls sie von ihrem_ihrer Arbeitgeber_in ein paar Stunden für die Ausübung des Mandats bezahlt freigestellt werden. Sonst mache alles überhaupt keinen Sinn. Ein eichersches Verzögerungstrickli führte schliesslich dazu, dass die neue Regelung für die Wahlen 2020 noch nicht gilt. Wir freuen uns trotzdem schon auf den Abstimmungskampf und auf die verzweifelte Gegenkampagne der Bürgerlichen.